

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

SCHWIERIGE ZEITEN BRAUCHEN DIE SPD



Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

wir erleben schwierige Zeiten, vielleicht mit die schwierigsten, die dieses Land seit über 70 Jahren erlebt hat. Ich kenne keine Bundesregierung, die so schnell vor so viele große Herausforderungen gestellt wurde wie die Regierung von Olaf Scholz. Wir arbeiten immer noch an den Folgen der **Pandemie** und müssen weitere Corona-Wellen befürchten. Wir müssen unsere Energieversorgung sichern, und wir erleben einen **Krieg in Europa**, der unsere Welt an vielen Stellen aus den Angeln hebt und **Millionen Menschen in die Flucht** schlägt, eine Flucht auch zu uns. Das alleine ist eine gewaltige Aufgabe für unsere Städte und Gemeinden.

Wir erleben, wie Preise explodieren, wie die Inflation steigt und immer mehr Mitmenschen an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten geraten. Längst auch Menschen, die Arbeit haben und

Steuern zahlen. Längst auch Betriebe und Firmen.

Ja, wir erleben schwierige Zeiten. Aber zum Glück hat die Bundesrepublik eine Regierung, die in diesen schwierigen Zeiten handelt. Und **die Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz handelt. Sie handelt besonnen und entschlossen.** Sie hat einen klaren Kurs in der Außenpolitik gesetzt, sie unterstützt die Menschen in der Ukraine und sie hilft den Geflüchteten in unserem Land. Sie sichert Deutschland neue Energiequellen und sie treibt die Nutzung erneuerbarer Energien voran.

Und sie hat verstanden, dass wir in diesen schwierigen Zeiten niemanden allein lassen dürfen. Dass es Entlastungen braucht wegen der drastisch gestiegenen Preise, dass es Hilfe braucht in dieser Zeit. Und dass man gerade in diesen Zeiten den Zusammenhalt in unserem Land stärken muss. Auch, weil andere diesen Zusammenhalt zerstören wollen.

Die Bundesregierung handelt und sie beweist, dass der Staat handeln kann. **Genau darin liegt der Unterschied zu all den konservativen Kräften**, die in weit sorgloseren Zeiten die Hände in die Taschen gesteckt haben – und sie nun nicht mehr herausbekommen.

Gerade wir in Baden-Württemberg erleben den Gegensatz zwischen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und der **grün-schwarzen Landesregierung, die viel klagt und jammert, aber rein gar nichts unternimmt.** Nicht gegen die Wohnungsmisere und fast nichts für die Energiewende im Land,

nichts zur Entlastung der Menschen und nichts für unsere Wirtschaft, nichts gegen den Mangel an Fachkräften, schon gar nicht an den Schulen und in den Kitas.

Wir werden in diesem Herbst und Winter ganz besonders gefordert sein als SPD. Im Bund, um zu helfen und uns alle durch diese Krise zu bringen. Im Land, um wieder und wieder darauf zu dringen, dass auch die grün-schwarze Regierung endlich handelt.

Ich bin mir sicher: Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist es **Zeit für Solidarität, für einen fürsorgenden Staat**, der die Menschen nicht alleine lässt, der Arbeitsplätze sichert, unsere Wirtschaft unterstützt.

Ja, ist eine schwierige, sehr schwierige Zeit. **Umso mehr ist es Zeit für die SPD.**

Euer

Andreas Stoch

DAS LAND MUSS FÜR GENÜGENDE KRANKENHÄUSER SORGEN!

Gute Versorgung IN Krankenhäusern und MIT Krankenhäusern – ein Thema, das nicht nur uns, sondern vor allem die Menschen im Land seit Jahren beschäftigt und zu heftigen Diskussion führt. Als SPD Baden-Württemberg fordern wir jetzt eine Neuorientierung der Krankenhaus-Politik im Land - denn die ist dringend notwendig. Die grün-schwarze Politik der Krankenhaus-Schließungen in Baden-Württemberg muss enden.

DARUM GEHT'S: Die wirtschaftliche Schiefelage einiger Krankenhäuser oder drohende Schließung kleiner Krankenhäuser führen zu Verunsicherung bei vielen Bürger:innen. Insbesondere im ländlichen Raum schließen immer mehr Krankenhäuser. In den letzten zehn Jahren schrumpfte ihre Zahl von 285 auf 249. Das Land hat bundesweit die geringste Bettendichte.

„Die Lage ist alarmierend. Das Land verfügt über keine objektiven Kriterien zur Krankenhaus-Planung und es mangelt an einer stabilen Finanzierung“, so Florian Wahl, gesundheitspolitischer Sprecher der

SPD-Landtagsfraktion, der die Positionierung erarbeitet hat. „Das wollen wir ändern“.

DAS FORDERN WIR: Nachdem über viele Jahre Krankenhäuser abgebaut wurden, muss jetzt Schluss sein! Die Schließungspolitik der Landesregierung muss sofort aufhören. Baden-Württemberg braucht eine flächendeckende Versorgung mit Kliniken. Dafür muss das Land jetzt eine Planung vorlegen. Denn klar ist: **Krankenhaus-Planung ist Aufgabe des Landes und darf nicht in die Kreistage delegiert werden.**

Wir fordern, dass sich die Planung von



Behandlungsplätzen und Bettenzahlen nach dem Bedarf der Bevölkerung und nicht allein nach dem Kriterium der Defizitvermeidung für Kliniken ausrichtet. Dafür braucht es zum einen eine bessere Finanzierung. Das Land muss seine Förderung von Investitionskosten an Krankenhäusern deutlich erhöhen: von 2021 450 Millionen Euro auf 750 Millionen Euro!

Ein Notfallfonds in Hö-

he von 100 Millionen Euro soll zudem für die Versorgung wichtige Krankenhäuser in wirtschaftlichen Notlagen für einen begrenzten Zeitraum von maximal fünf Jahren unterstützen.

Das Thema ist komplex – umso wichtiger ist es, dass wir uns in die Debatten vor Ort einklinken und klare Position beziehen. **Wir als SPD haben Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit und kümmern uns um die Sorgen der Menschen im Land.**

Nutzt dafür unser Positionspapier und veranstaltet Diskussionsrunden dort, wo es gerade brennt. Unser gesundheitspolitischer Sprecher Florian Wahl steht euch gerne dafür zur Verfügung.

Die neuen **umfangreichen Entlastungen** der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung federn die stark steigenden Belastungen durch hohe Energiepreise ab und stärken dadurch den Zusammenhalt. Das 65-Milliarden-Paket beweist, dass unsere sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht nur handlungsfähig ist, sie handelt auch schnell – und umfassend. Aber: **Die Bewältigung dieser Krise ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.** Eine Aufgabe, die Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam bewältigen müssen. 16 der 30 deutschen Städte mit den höchsten Mieten liegen in Baden-

NIEMAND WIRD ALLEIN GELASSEN

Württemberg – wenn nun auch noch die „zweite Miete“ explodiert, also die Nebenkosten sich verdoppeln oder verdreifachen, können das viele Menschen nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Unser Landesvorsitzender Andreas Stoch fordert deshalb: „Der Bund hat erneut geliefert, **nun muss die Landesregierung nachziehen** und ihren Teil dazu beitragen, dass in Baden-Württemberg niemand mit den gestiegenen Kosten allein gelassen wird. Ein wichtiger Schritt wäre hier die Bereitschaft der Landesregierung, eine Anschlusslösung für **ein günstiges Nahverkehrsticket** mitzufinanzieren.“



Im Freiburger Biergarten – Diskussion über alles, was den Jusos unter den Nägeln brennt.



Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Nationalparks – konzeptionell und räumlich.



Bestens gerüstet für den Ernstfall – die Werksfeuerwehr des Landesairports in Stuttgart.

IM GANZEN LAND VOR ORT

Unser Generalsekretär Sascha Binder konnte im Rahmen seiner Sommertour viele Impulse und Anregungen für seine politische Arbeit mitnehmen. Denn genau darum geht es: Der Generalsekretär nutzt die Sommerpause im Landtag, um sich mit möglichst vielen Menschen vor Ort auszutauschen – in Einrichtungen, Unternehmen oder beim Stammtisch –, und zu erfahren, wo die aktuellen Herausforderungen in euren Regionen liegen. Welche Organisationen in eurer Region soll Sascha Binder bei seiner nächsten Tour durchs Land besuchen? Schickt uns eure Ideen an sascha.binder@spd.de.



Zu Besuch im Heilbronner Heizkraftwerk – Versorgungssicherheit zu gewährleisten, ist jetzt das A und O.

TERMINE OKT '22

SA 1. OKT > JHV Forum Eine Welt (Stuttgart) SA 8. OKT > Landesvorstand (Stuttgart) SA 8. OKT > Kreisvorsitzendenkonferenz (Stuttgart) MO 10. OKT > AGS-Landesvorstand (Onlinekonferenz) SA 15. OKT > ASF-Landesvorstand (Stuttgart) FR 21. OKT > Präsidium (Onlinekonferenz) SA 22. OKT > Antragskommission (Karlsruhe) SA 29. OKT > Selbst Aktiv-Landesvorstand (n.n.)

NOV '22

DO 10. NOV > 60 plus-Landesvorstand (n.n.) FR 11. NOV > ASF-Landesvorstand (Onlinekonferenz) MO 14. NOV > AGS-Landesvorstand (Onlinekonferenz) FR 18. NOV > Präsidium (Friedrichshafen) FR 18. NOV > Landesvorstand (Friedrichshafen) FR 18. NOV > Antragskommission (Friedrichshafen) SA 19. NOV > Landesparteitag (Friedrichshafen) (Antragschluss 8. OKT)

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Baden-Württemberg • Verantwortlich: Maja Schubert • Redaktion: Maja Schubert, Stephan Wehner, Sophia Zimmermann • Kontakt: SPD-Landesverband Baden-Württemberg · Wilhelmplatz 10 · 70182 Stuttgart · Fon: 0711.61936-0 • Mail: kommunikation-bw@spd.de • Internet: www.spd-bw.de

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM OKTOBER zum 50. Parteijubiläum:

Dr. Hartwig Mackeprang, Weingarten • Erich Möhrmann, Loffenau • Renate Koch, Kornwestheim • Heribert Wolf, Köngen • Marianne Wolf, Köngen • Hans Burkhardt, Esslingen • Hans-Jürgen Rackow, Neckargemünd • Franz Miko, Königsbach-Stein • Theodor Feil, Niederstötzingen • Norbert Hornig, Heidelberg • Doris Foessel, Buchen • Bruno Bitz, Karlsbad • Herbert Knapp, Mühlacker • Günter Klüh, Straubenhart • Dieter Gischer, Bad Wildbad • Brigitte Krebs, Freudenstadt • Lilo Schroth, Pforzheim • Joachim Weiler, Stuttgart • Siegfried Schönthaler, Bad Teinach-Zavelstein • Theresia Stoll, Mühlacker • Hubertus Riedlinger, Zwiefalten • Patroklos Klinis, Heidelberg • Prof. Dr. Ing. Hans Mohl, Stuttgart • Werner Blum, Gutach • Franz Habich, Rastatt • Gerhard Schwarz, Rastatt • Elfriede Müller, Gaggenau • Hans-Jörg Mellinger, Nordheim • Paul Kirschmann, Friedrichshafen • Erich Wilhelm, Esslingen • Birgit Rettig-Berta, Eggenstein-Leopoldshafen • Horst Heuer, Weingarten • Udo Schwab, Waldbronn • Michael Schimmelpfennig, Ubstadt-Weiher • Willi Roth, Dettenheim • Peter Dorsch, Überlingen • Horst Piry, Deizisau • Gerhard Hoffmann, Stuttgart • Hans-Joachim Kühn, Heidelberg • Esther Henke, Stuttgart • Julius Redling, Mönchweiler • Friedrich Schneider, Karlsbad • Dr. Hans Christian Thalmann, Möggingen • Beate Thalmann, Esslingen • Sybille Bombolowsky, Ditzingen • Werner Reichert, Forst • Thomas Hagmeister, Ludwigsburg • Gerhard Fleck, Benningen • Manfred Kopp, Steinheim • Christel Onasch, Steinheim • Klaus Brunnenkant, St. Georgen • Wolfgang Urban, Stuttgart • Friedrich Köhler, Schriesheim • Dr. Helga Köhler, Schriesheim • Rolf Schmiedel, Marbach • Mari- on Caspers-Merk, Efringen-Kirchen • Ekkehard Trautwein, Endingen • Ursula Hauck, Schönau • Wilhelm Krämer, Sandhausen • Dr. Rolf Hoberg, Stuttgart • Oswald Burger, Überlingen • Karla König, Oberkochen • Christine Glauner, Birkenfeld • Hannelore Hellenbrandt, Vaihingen • Prof. Hans-Martin Gauger, Freiburg • Margarete Doleschal, Wertheim • Joachim Schneider-Slowig, Konstanz • Ursula Lasanowski, Meersburg • Elmar Röhr, Erbach • Norbert Zel-

ler, Friedrichshafen • Hildgund Beichert, Elztal • Ursula Lietzau, Brigachtal • Hellmuth Frei, Schorndorf • Dr. Dieter Wörner, Emmendingen • Richard Klenk, Bad Wimpfen • Michael Unger, Heilbronn • Peter Huck, Eberbach • Volker Schwender, Buchen • Jutta Weis, Heidelberg • Rainer Jährling, Walldorf • Rainer Kühnlein, Heidelberg • Klaus Gessier, Wiesloch • Gertrud Link, Heidelberg • Rosi Gawron, Konstanz • Ursula Hoelzel, Waiblingen • Klaus Pfaff, Waiblingen zum 60. Parteijubiläum: Libert Schneider, Deißlingen • Helmut Bauer, Weinheim • Gerhard Dingler, Königfeld • Jörg Pfauth, Neckartenzlingen • Eberhard Schramm, Tübingen • Karl-Hermann Koschorreck, Schwäbisch Gmünd • Jürgen Oberweger, Mannheim • Alwin Schmitt, Mannheim zum 70. Parteijubiläum: Ella Gschwendtner, Esslingen

IM NOVEMBER zum 50. Parteijubiläum: Reingard Raisch, Esslingen • Monika Feuerstein, Waghäusel • Harald Heneka, Karlsruhe • Sieglinde Kollmer, Elztal • Dieter Hübl, Esslingen • Günter Leittretter, Esslingen • Hans Pfaff, Salach • Heiner Geighardt, Freudenstadt • Hermann Schwab, Alpirsbach • Karl-Heinz Becker, Sandhausen • Rudi Köhler, Sandhausen • Lutz Rostock, Meckesheim • Karl-Otto Krieger, Meckesheim • Günther Schmidt, Sinsheim • Peter Griesmaier, Ludwigsburg • Heidemarie Jösel, Pforzheim • Horst Burkhardt, Gondelsheim • Ingeborg Karst-Staech, Heidelberg • Walter Heidemann, Mosbach • Jürgen Kalb, Esslingen • Manfred Strauch, Friedrichshafen • Michael Hoehn, Markdorf • Joachim Schwarz, Niederstötzingen • Franz Baumann, Sontheim • Dr. med. Klaus Klugius, Stuttgart • Ulrich Bandle, Mühlacker • Wolfgang Müller, Neuhausen • Richard Schwebler, Leimen • Werner Wöhr, Mühlacker • Karin Münzmay, Mühlacker • Harald Hilbig, Bad Kissingen • Gerhard Lang, Wangen • Hans-P. Becht, Pforzheim • Hans-Heinrich Ranzau, Sinsheim • Heinz Gebler, Heidenheim • Prof. Dr. Lutz Jaeger, Freiburg • Paul Huber, Horb • Wolfgang Greiner, Großbettingen • Dagmar Kirstein-Jehle, Ludwigsburg • Klaus Trott, Stuttgart • Werner Jüttner, Kornwestheim • Ulrich Leinberger, Gomaringen • Ulrike Sippli, Metzingen • Heidi Hiestand, Donaueschingen • Werner Hiestand, Donaueschingen • Jörg-H. Engelhard, Karlsruhe • Harald

Holub, Karlsruhe • Kurt Bickel, Karlsruhe • Christel Lehr, Dettenheim • Dr. Alois Schies, Bruchsal • Walter Schassner, Karlsdorf-Neuthard • Edelbert Härdle, Bruchsal • Guenther Frey, Karlsruhe • Doris Fürtgut-Bickel, Karlsruhe • Ingrid Noack, Weissach • Erika Burmester, Stuttgart • Reiner Zobel, Friedenweiler • Jürgen Räuber, Rheinfelden • Walter Matt, Lenzkirch • Erwin Herdle, Kraichtal • Christian Schottmüller, Ettlingen • Gabriela Bürkel, Stuttgart • Barbara Hartung, Tauberbischofsheim • Marina Haase, Remseck • Dieter Pöhl, Pleidelsheim • Emil-Gerh. Pfluecke, Ubstadt-Weiher • Gerhard Sautter, Erdmannhausen • Rudolf Gauger, Löchgau • Gerd Rieger, Markgröningen • Ulrich Hiller, Möglingen • Angela Hiller, Möglingen • Joachim Wirth, Möglingen • Jürgen Waldenmaier, Schwäbisch Gmünd • Ute Seibert-Haas, Hockenheim • Ilse Uebelhoefer, Bruchsal • Harald Gfrörer, Pfingztal • Karl-August Lampert, Helmstadt-Bargen • Angelika Heiny, Freiburg • Ludwig Oelgemöller, Leinfelden-Echterdingen • Karl Hüller, Ludwigsburg • Ulrike Brunner, Heddeshheim • Heinz Eisele, Heddeshheim • Inge Kolb, Heddeshheim • Kurt Jäger, Schwetzingen • Irmtraud Knieriem, Schwetzingen • Angelika Kinscher, Vaihingen • Michael Tschierschwitz, Bietigheim-Bissingen • Waltraud Schmekal, Weinheim • Renate Schöner, Neuulßheim • Otto Schmelzer, Karlsruhe • Clemens Stahl, Giengen • Egon Schwörer, Friedenweiler • Marlies Haselwander, Zell • Volker Fouquet, Konstanz • Helga Stetter-Braunewell, Stuttgart • Gudrun Denecken, Karlsruhe • Heidi Bliklen-Seclaoui, Ulm • Klaus-Peter Schäfer, Ulm • Karl Seitel, Erbach • Harald Klemm, Graben-Neudorf • Klaus Detel, Waldkirch • Dr. Nikolaus Steinebach, Hirschberg • Karl Mangei, Bruchsal • Gerold Walter, Gai- berg • Ottmar Speckert, Stutensee • Roland Dörner, Bergatreute • Hans-Georg Reichert, Friedrichshafen • Marianne Heller, Heidelberg • Marga Fabri, Kijßlegg • Helmut Krauth, Ilsfeld • Helga Gaedeke, Bad Wimpfen zum 60. Parteijubiläum: Rainer Duss, Marxzell • Hermann Schweitzer, Linkenheim-Hochstetten • Heinz-Jürgen Wolf, Heidelberg • Karl-Heinz Geist, Schönaich • Ingeborg Riehle, Stuttgart • Marianne Antretter, Backnang • Dietmar Johann, Singen • Ilse Imdahl, Leinfelden-Echterdingen • Alexius Sieb, Markgröningen zum 65. Parteijubiläum: Erich Petzold, Mannheim • Horst Löbner, Steinheim

ANZEIGE

MEHR GERECHTIGKEIT IN DER KRISE: DEUTSCHLAND PACKT DAS.

Mit 12 € Mindestlohn für Millionen Beschäftigte und mehr Tarifbindung und -treue in Zukunft.

JETZT PRODUKTE ZUR MINDESTLOHN-KOMMUNIKATION BESTELLEN!



LINK.SP.DE/MILOSHOP

SPD Soziale Politik für Dich.

Mitte September wurde es so deutlich, dass niemand es mehr übersehen konnte: Während die Bundesregierung von Olaf Scholz gerade das jüngste große Entlastungspaket auf den Weg gebracht hatte, während der Bundeswirtschaftsminister an weiteren Hilfen für Handwerk und Betriebe arbeitete – genau währenddessen gab Ministerpräsident Kretschmann in Stuttgart zu Protokoll, er lehne das Entlastungspaket ebenso ab wie die Vorschläge für eine Nachfolge des Neun-Euro-Tickets. Warum? Die Entlastung sei ihm zu teuer, sagte Kretschmann, sie sei „nicht stemmbar“.

Es ist absurd, wie quer Baden-Württembergs Ministerpräsident inzwischen im Stall steht. Als Grüner wendet er sich regelmäßig gegen die Bundesregierung, in der seine eigene Partei die zweitstärkste Kraft ist. Er heult mit dem Rudel der Unions-Ministerpräsidenten, als sei er mit einem CSU-Parteibuch zur Welt gekommen. Vor allem aber macht seine Landesregierung das komplette Gegenteil dessen, was alle anderen Finger der öffentlichen Hand tun: **Städte und Gemeinden, der Bund, die Europäische Union – alle unternehmen enorme Kraftakte**, um den Herausforderungen dieses Krisen-Winters mit Energieknappheit, Inflation und Preisexplosionen zu begegnen, um zu helfen. **Nur die Landesregierung bekommt selbst jetzt nicht die Hände aus den Taschen.** Das kann und darf so nicht bleiben.

Auf der Herbst-Klausur der Landtagsfraktion in Konstanz wurde unsere Liste der grün-schwarzen Versäumnisse lang und länger: Der Bund stemmt gewaltige Entlastungen, die Landesregierung macht keinen Finger krumm und mault aus der Schmollecke. Baden-Württemberg hat die höchsten Mieten unter allen Bundesländern, den schlimmsten Wohnungsmangel und inzwischen auch dramatische Werte bei der Wohnungslosigkeit in großen Städten. Irgendwelche nennenswerten Landesprogramme? Fehlanzeige.

In unseren Städten schließen schon jetzt gastronomische Betriebe, weil sie kein Personal mehr finden. Die Pandemie haben sie noch überlebt, den Mangel an Arbeitskräften nicht. Fachkräftemangel ist keine schlimme Zukunftsvision, sondern die schlimme Gegenwart, bis in einem Jahrzehnt werden alleine in Baden-Württemberg mehr Fachkräfte fehlen, als Stuttgart Einwohner:innen hat. Was tut die Landesregierung, um unsere Wirtschaft vor dem Fachkräfte-Kollaps zu retten? Nichts.

UNSERE FORDERUNG AN DIE LANDESREGIERUNG: NICHT HEULEN, SONDERN HANDELN!

ANGST VOR ENERGIEMANGEL, EXPLODIERENDE PREISE, INFLATION: WAS DIE HERAUSFORDERUNGEN DIESES HERBSTES SIND, IST EIGENTLICH GANZ KLAR. ODER? SPD-FRAKTIONSCHIEF ANDREAS STOCH SIEHT EINE GRÜN-SCHWARZE LANDESREGIERUNG, DIE VIEL KLAGT UND FORDERT, ABER SELBST NICHT DAS GERINGSTE TUT. EINFACH ZUSEHEN KANN UND WILL DIE SPD DA NICHT.



Bei der Herbstklausur der SPD-Landtagsfraktion waren die Versäumnisse der Landesregierung ein wichtiges Thema.

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg

Verantwortlich:

Nicole Matthöfer

Redaktion:

Hendrik Rupp

Anschrift:

SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Telefon:

0711 2063-711/781

E-Mail: zentrale@

spd.landtag-bw.de

www.spd.landtag-bw.de

facebook.com/

spdlandtagbw

twitter.com/

spdlandtagbw

instagram.com/

spdlandtag_bw

An den Schulen ist der Fachkräftemangel ebenfalls unübersehbar geworden: Noch nie war die Personalversorgung an Schulen und Kitas so schlecht wie in diesem Herbst. Das ist fatal, denn um den allgemeinen Fachkräftemangel zu bekämpfen, bräuchte es ja gerade genug Fachkräfte in der Bildung. Gut, hier hat die Landesregierung tatsächlich etwas getan, 500 neue Stellen für Lehrer:innen sollen geschaffen werden. Aber das bedeutet an jeder Schule im Land nur zwei bis drei Lehrerstunden mehr pro Woche. Wir bräuchten Stützen, das bleibt ein Zahnstocher. Und bei der Ausbildung für Lehrkräfte und Kita-Fachleute läuft auch fast nichts. Doch man muss ja schon froh sein, wenn sich Grün-Schwarz wenigstens minimal bewegt.

An anderen dringenden Punkten bewegt sich gar nichts. Wenn wir nicht von Putins Gas abhängig sein wollen, brauchen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien noch dringender, als wir ihn seit Jahren sowieso schon brauchen. Wachsen im grün regierten Baden-Württemberg nach all den beschämenden Jahren jetzt Wind- und Solarparks aus dem Boden?

Nein, es tut sich weiter nichts.

Wir können froh und dankbar sein, in diesen schwierigen Zeiten eine Bundesregierung zu haben, die unter Führung von Olaf Scholz besonnen, aber entschlossen handelt. Die Herausforderungen sind riesig, und es kann nicht sein, dass der Bund, aber auch die Kommunen ackern, und das Land schaut zu und wackelt mit dem Kopf. Baden-Württemberg ist und bleibt bisher ein reiches Bundesland mit gewaltigen Finanzreserven. Wie kann es sein, dass diese Landesregierung der finanziellen Not so vieler Menschen achselzuckend zusieht?

Auf der Herbstklausur hat die SPD-Landtagsfraktion eine ganze Reihe konkreter Vorschläge erarbeitet, wie auch und gerade das Land seinen Teil dazu beitragen kann, dass alle so gut wie möglich durch diese schwierigen Zeiten kommen. Vorschläge für **gezielte Entlastungen**, maßgeschneidert gerade für die besonderen Umstände in Baden-Württemberg. Vorschläge für **Hilfen angesichts immer höherer Energiepreise**. Vorschläge für eine **große Fachkräfteinitiative** des Landes und spezielle Strategien, um so schnell wie möglich mehr **junge Leute ins Lehramtsstudium** zu bringen. Vorschläge auch dafür, wie der **soziale Wohnungsbau** endlich so in Fahrt kommen kann, dass sich die Marktlage in Baden-Württemberg endlich wieder ins Normale wendet.

Wir werden die grün-schwarze Landesregierung wieder und wieder mit diesen Aufgaben konfrontieren und einfordern, dass endlich auch das Land die Ärmel hochkrepelt und mithilft. Wir werden es nicht zulassen, dass diese Landesregierung nicht einmal in dieser Krise die eingerosteten Bremsen löst. Der Ministerpräsident fordert, dass der Bund etwas tut. Er fordert, dass die Kommunen etwas tun. Bei Corona sollen die Hausärzt:innen etwas tun, die Schulen sollen sich selbst helfen und die Wirtschaft auch. Wir werden ihm klarmachen, dass auch seine eigene Landesregierung gefordert ist und man die eigenen Hände auch zum Anpacken hat und nicht nur, um mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Die SPD wird im Land tun, was sie kann. Damit das Land endlich tut, was es kann: Nicht heulen, sondern handeln.

LANDTAGS-
FRAKTION

BADEN-
WÜRTTEMBERG



SPD